

36. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

8. Feber 1956

435/J

Anfrage

der Abg. P r o b s t, H o r n, W e i k h a r t und Genossen
Herren
 an den Bundesminister für Finanzen,
 betreffend das Schadenersatzbegehren des Kaufmannes Berthold Schreiber
 gegen die Republik Österreich.

-.-.-.-.-.-.-

Einer Veröffentlichung in der Tagespresse entnehmen die unterzeichneten Abgeordneten die folgenden Tatsachen:

Dem Kaufmann Berthold Schreiber, der nach seinen Angaben einen Großhandel mit kosmetischen Artikeln besass, dessen durchschnittlicher Monatsumsatz etwa 1 Million Schilling betrug, wurde vom Finanzamt ein Betrag von 1,883.150 S "wegen rückständiger Abgabeschuldigkeiten" zur Zahlung vorgeschrieben. Die Proteste des Kaufmannes, der beteuerte, immer pünktlich seine Steuern bezahlt zu haben, blieben erfolglos. Seine gepfändeten Lagerbestände seien nach der Freigabe verdorben gewesen, die Pfändung der Gewerbeberechtigung zwang ihn zur Auflösung des Betriebes und Kündigung seiner 20 Angestellten.

Erst einige Zeit später hat Herr Berthold Schreiber den Grund für diese Steuervorschreibung erfahren. Er wurde mit dem bekannten "Schokoladekönig" Benjamin Schreiber verwechselt, ihm wurden die Steuern für die Schokoladegeschäfte des anderen vorgeschrieben. Die vorgeschriebenen Zahlungen wurden nun zwar "nachgesehen", die Existenz war aber bereits vernichtet.

Die unterzeichneten Abgeordneten sind der Meinung, dass, wenn diese Angaben den Tatsachen entsprechen, eine Nachlässigkeit der Finanzbehörden vorliegt, die dem Staat schwere Lasten auferlegen kann. Es muss auch erwartet werden, dass gegen den wahren Steuerschuldner mit derselben Strenge vorgegangen wird, die die Finanzbehörde gegen den irrtümlich Belangten zeigte; und zwar obwohl durch den ÖVP-Abgeordneten Polcar in der Parlamentssitzung am 14. Dezember 1955 zugegeben wurde, dass Benjamin Schreiber der ÖVP Wien und Niederösterreich namhafte Spendenbeträge zukommen liess.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehenden

Anfragen:

1. Ist der Herr Bundesminister bereit, die Abgeordneten eingehend über den Fall des Berthold Schreiber und über die Stellungnahme der Finanzbehörden zu dessen Schadenersatzforderungen zu informieren?
2. Ist der Herr Bundesminister in der Lage, mitzuteilen, ob die Steueraforderungen von dem wahren Schuldner Benjamin Schreiber bereits eingetrieben wurden?

-.-.-.-.-.-.-